

A8 Medienkompetenz und Plattformregulierung statt Verbote - Kinder und Jugendliche brauchen sichere digitale Räume!

Antragsteller*in: DV Köln
 Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 **Wir schließen uns als KJG-Bundesverband den Positionen des BDKJ-**
 2 **Bundesverbands[1] an und sprechen uns gegen ein pauschales Verbot von Social-**
 3 **Media für Kinder und Jugendliche aus.**

4 Die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen werden bei der politischen Debatte
 5 um ein Social-Media-Verbot kaum bis wenig berücksichtigt. Die Realität ist
 6 jedoch, dass Kinder und Jugendliche in einer digitalen Lebenswelt aufwachsen, in
 7 der analoge und digitale Räume nicht mehr voneinander zu trennen sind. Auch eine
 8 Befragung des Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) unter jugendlichen
 9 Internet-Nutzer*innen kommt zu dem Ergebnis, dass ein generelles Social-Media-
 10 Verbot für unter 16-Jährige zu kurz greift und Probleme mit Blick auf
 11 Jugendschutz nicht löst[2].

12 Alle Menschen sind von den negativen Folgen intensiver Social-Media-Nutzung
 13 betroffen. Gerade junge Menschen sind besonders gefährdet, weil Social-Media-
 14 Algorithmen problematische Inhalte wie Fake News, Hassrede, Gewalt- oder
 15 sexualisierte Darstellungen besonders sichtbar machen und Kindern und
 16 Jugendlichen häufig noch Erfahrung fehlt, solche Inhalte sicher einzuordnen[3].
 17 Ein höheres Mindestalter ohne pädagogische Begleitung und Vorbereitung auf eine
 18 gesunde Social-Media-Nutzung im Jugendalter verschiebt das Problem lediglich.
 19 Ein Verbot dämmt die Risiken und Gefahren der sozialen Medien nicht ein und
 20 erhöht langfristig auch nicht den Schutz der Nutzer*innen.

21 Maßnahmen wie Alterskontrollen, die für die Umsetzung eines Social-Media-Verbots
 22 notwendig wären, würden darüber hinaus tief in die Privatsphäre eingreifen, da
 23 dafür private Kommunikation überwacht und sensible Daten erhoben werden müssten.
 24 Dies löst nicht die strukturellen Probleme der Plattformen, sondern verschiebt
 25 die Verantwortung weg von den Unternehmen hin zu den Nutzer*innen. Um diesen
 26 Schutz zu verbessern, braucht es eine altersübergreifende Medienkompetenz und
 27 Medienbildung, die bereits im Kindesalter beginnt. Gleichzeitig braucht es
 28 deutlich stärkeren politischen Druck auf die Social-Media-Unternehmen, damit
 29 diese ihre Produkte sicherer gestalten und ihrer Verantwortung gegenüber jungen

30 Nutzer*innen nachkommen.

31 Kinder und Jugendliche haben nicht nur ein Recht auf Schutz, sondern auch ein
32 Recht auf Teilhabe. Und dieses Recht gilt ausdrücklich auch in digitalen
33 Räumen[4]. Junge Menschen brauchen sichere Orte, in denen sie sich informieren,
34 austauschen, beraten und vernetzen können. Die Jugendstudie 2026 macht deutlich,
35 wie stark junge Menschen von gesellschaftlichen Belastungen betroffen sind[5].
36 Gerade deshalb brauchen junge Menschen keine Verbote, sondern digitale Räume,
37 die ihnen Teilhabe, Austausch und Unterstützung ermöglichen.

38 Was wir von der Politik erwarten:

- 39 • Keine pauschalen Verbote: Kinder und Jugendliche brauchen sichere digitale
40 Räume, um sich informieren, austauschen und entwickeln zu können.
41 Pauschale Social-Media-Verbote greifen zu kurz, weil sie weder Risiken
42 wirksam reduzieren noch Teilhabe ermöglichen.
- 43 • Verantwortung von Social-Media-Plattformen: Die Politik muss Social-Media-
44 Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, damit diese ihre
45 Plattformen sicherer gestalten. Geltende Regelungen wie der Digital
46 Services Act[6] müssen konsequent umgesetzt werden. Ohne politischen Druck
47 werden Plattformen ihrer Verantwortung gegenüber jungen Nutzer*innen nicht
48 gerecht.
- 49 • Stärkung von Medienkompetenz und Medienbildung: Medienkompetenz und
50 Medienbildung müssen systematisch gestärkt werden, damit Kinder und
51 Jugendliche Räume selbstbestimmt nutzen können. Dazu braucht es
52 altersgerechte Angebote, die Themen wie Datenschutz, Falschinformationen,
53 digitale Risiken und psychische Belastungen ebenso berücksichtigen wie
54 Teilhabemöglichkeiten.
- 55 • Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche müssen in
56 die politische Debatte über Social Media einbezogen werden. Ihre
57 Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfe sind unverzichtbar, um wirksame und
58 lebensnahe Lösungen zu schaffen. Bei der Entwicklung und Ausarbeitung
59 müssen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, da sie Expert*innen ihrer
60 eigenen digitalen Lebenswelt sind.

61 Wozu wir uns als KjG verpflichten:

- 62 • Einbringen der Position in Politik, Kirche und Gesellschaft: Der KjG-
63 Bundesverband bringt diese Position aktiv in Diskurse ein. Wir nutzen
64 unsere Strukturen, Netzwerke und Gremien, um die Perspektiven von Kindern
65 und Jugendlichen sichtbar zu machen und uns klar gegen pauschale Verbote,

- 66 sowie für sichere digitale Räume einzusetzen.
- 67 • Berücksichtigung im Schwerpunktthema „psychische Gesundheit“: Das Thema
68 digitale Lebenswelten wird in der Bearbeitung des Schwerpunktthemas
69 „psychische Gesundheit“ konsequent mitgedacht. Wir berücksichtigen dabei
70 sowohl die Chancen digitaler Räume als auch die Belastungen, die junge
71 Menschen erleben.
- 72 • Erarbeitung einer Grundlage zu Smartphones und Social Media in der KJG:
73 Wir erarbeiten eine Grundlage, die für die KJG-Arbeit vor Ort Orientierung
74 im Umgang mit Smartphones und Social-Media während Aktionen und Freizeiten
75 bietet. Dazu gehören Fragen wie: Welche Regeln sind sinnvoll? Wann kann
76 ein Smartphone-Verbot hilfreich sein?
- 77 • Kritische Auseinandersetzung mit der eigenen verbandlichen Nutzung: Wir
78 reflektieren kritisch unsere eigene verbandliche Social-Media-Nutzung.
79 Dabei stellen wir uns Fragen nach Sinnhaftigkeit, Vorbildfunktion und
80 Verantwortung: Welche Inhalte wollen wir teilen? Wie gehen wir mit Fotos
81 von Kindern und Jugendlichen um? Wie können wir unsere eigene Nutzung
82 sicherer und bewusster gestalten? Die Ergebnisse aus dieser
83 Auseinandersetzung werden aktiv mit den unteren Ebenen geteilt.

84 [1][https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Besch-](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Beschluesse/B4_Kein_Social_Media_Verbot_Sichere_digitale_Teilhabe_fuer_junge_Menschen.pdf)
85 [luesse/B4_Kein_Social_Media_Verbot_Sichere_digitale_Teilhabe_fuer_junge_Mensche-](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bdkj/gremien/hauptversammlung/hv2026/Beschluesse/B4_Kein_Social_Media_Verbot_Sichere_digitale_Teilhabe_fuer_junge_Menschen.pdf)
86 [n..pdf; https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-](https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke)
87 [bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke](https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/sichere-raeume-gerechte-teilhabe-bdkj-fordert-klare-regeln-fuer-soziale-netzwerke)

88 [2][https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-](https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-klare-regeln/)
89 [klare-regeln/](https://awo.org/pressemeldung/kein-social-media-verbot-jugendliche-fordern-klare-regeln/)

90 [3][https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-e-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)
91 [e-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-e-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)
92 [nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com](https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/sexualisiert-e-gewalt-und-hassinhalte-gefaehrdungen-fuer-kinder-und-jugendliche-im-netz-nehmen-zu-265090?utm_source=copilot.com)

93 [4][Allgemeine Bemerkung 25 zur UN-Kinderrechtskonvention](#)

94 [5][https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/jugend-studie-2026-deutschland-](https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/jugend-studie-2026-deutschland-100.html)
95 [100.html](https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/jugend-studie-2026-deutschland-100.html)

96 [6]<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/digital-services-act>

Begründung

Seit einiger Zeit fordern Erwachsene immer wieder ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche. In mehreren Ländern werden entsprechende Zugänge für Kinder und Jugendliche bereits eingeschränkt. Auch in Deutschland wird ein Verbot zunehmend diskutiert und die Regierungsparteien haben in den vergangenen Wochen Impulspapiere veröffentlicht und erste Beschlüsse gefasst.

Ein Verbot wirkt auf den ersten Blick naheliegend. Algorithmen und Geschäftsmodelle, die auf Aufmerksamkeits-Maximierung ausgelegt sind, entfalten ein erhebliches Suchtpotenzial, dem sich Kinder und Jugendliche besonders schwer entziehen können. Studien zeigen Zusammenhänge zwischen Social-Media-Nutzung und psychischen Belastungen wie Depressionen, Angststörungen oder suchtähnlichem Verhalten^{[1][2]}.

Von klaren Plattformpflichten und einer wirksamen Begrenzung suchtfördernder Mechanismen erhofft man sich daher einen besseren Schutz junger Menschen. Kinder- und Jugendschutz sind zweifelslos zentrale und berechtigte Anliegen. Wir sehen Politik und Gesellschaft in der Verantwortung, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um junge Menschen zu schützen und sichere digitale Umgebungen zu schaffen.

[1]<https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/jugendliche-anfaelligkeit-social-media-100.html>

[2]<https://www.gelbe-liste.de/psychiatrie/social-media-depression-jugendliche-langzeitstudie>

Zusammenfassung in einfacher Sprache

Viele Erwachsene wollen Social-Media für Kinder und Jugendliche verbieten. Die KJG findet: Ein Verbot hilft nicht.

Kinder und Jugendliche leben in einer digitalen Welt. Sie nutzen Social-Media, um:

- sich zu informieren
- sich auszutauschen
- mit Freund*innen zu sprechen
- Hilfe zu bekommen

Ein Verbot würde diese wichtigen Dinge wegnehmen.

Social-Media kann auch schlechte Seiten haben: Zum Beispiel Fake News, Hass, Gewalt oder Inhalte, die

Angst machen. Darum brauchen Kinder und Jugendliche Schutz.

Aber: Ein Verbot schützt nicht.

Und um ein Verbot durchzusetzen, müsste man Alterskontrollen einführen. Das bedeutet: Alle Menschen werden kontrolliert. Die KJG findet: Das verletzt die Privatsphäre.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz. Und sie haben ein Recht auf Teilhabe. Auch im Internet.

Was die KJG von der Politik erwartet:

1. Keine Verbote
2. Plattformen müssen Verantwortung übernehmen
3. Medienkompetenz stärken
4. Kinder und Jugendliche beteiligen

Was die KJG selbst tun will:

1. Die Position öffentlich vertreten
2. Mit dem Schwerpunkt-Thema "Psychische Gesundheit" gemeinsam bearbeiten
3. Regeln für Smartphones und Social Media Nutzung in der KJG klären
4. Eigene Social-Media-Nutzung kritisch prüfen